

Die von der 11. Tagung des ZK für die zweite Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung geforderte neue Einstellung zum Plan, die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Denkens, Rechnens und Handelns erfordert von den Parteiorganisationen beharrliche politische Erziehungsarbeit und gewissenhafte Kontrolle der Parteibeschlüsse. Sie dürfen, in keinem Falle zulassen, daß die erforderliche Wissenschaftlichkeit und Konkretheit, Verantwortlichkeit und Parteilichkeit mißachtet wird.

Verantwortlichkeit — Parteilichkeit

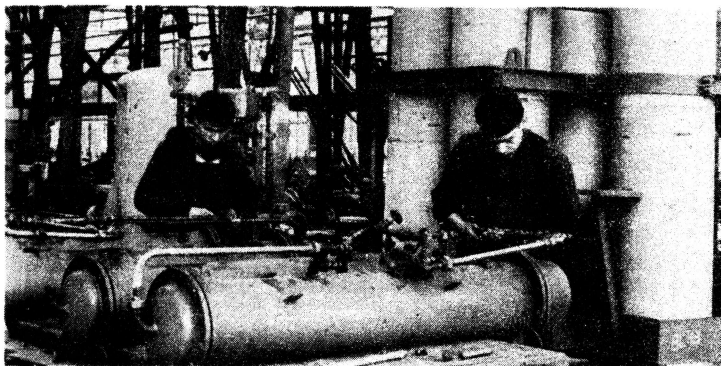
In der Analyse der WB Chemicanlagen zur Planerfüllung per 30. Juni 1966 wird gemeldet, daß der Plan erfüllt wurde. Bei genaueren Untersuchungen stellt sich dann heraus, daß die Warenproduktion insgesamt zwar erfüllt wurde, es aber im Sortiment große Vertragsrückstände gibt. Daß solche „Analysen“ hin und wieder in verschiedenen Industriezweigen und in nicht wenigen Betrieben „gemacht“ werden, beweist nur, in welcher Richtung die Erziehungsarbeit der Parteiorganisationen in den Betrieben und der Partei- und Staatsorgane verstärkt werden muß. Sie bekräftigen die Forderung des 11. Plenums und der Rationalisierungskonferenz, das volkswirtschaftliche Denken, Rechnen und Handeln zum Maßstab der politischen Erziehungsarbeit in den Parteiorganisationen zu machen.

In diesem Sinne ist auch die Frage der Verantwortlichkeit zu behandeln. Manche Meister, Abteilungsleiter, Werkdirektoren usw. glauben, daß sie alle Entscheidungen durch den jeweiligen nächsthöheren Leiter herbeiführen müssen. Wenn sich ein Meister scheut, über die Prämienhöhe zu entscheiden, wenn ein Bereichsleiter den Werkdirektor wegen fehlender Werkzeuge ruft, wenn ein Werkdirektor an den General-

direktor der VVIB wegen Terminverzögerungen bei Zulieferungen schreibt, dann geschieht das noch zu oft unter dem Mäntelchen der „Verantwortung“. In Wirklichkeit ist das alles aber Ausdruck mangelnder Verantwortungsbereitschaft und mangelnden komplexen volkswirtschaftlichen Denkens. Mit Rationalisierung der Führungstätigkeit hat das nichts zu tun. In der Tendenz führt das Ausweichen vor der Wahrnehmung der Verantwortung zu unnötiger Schreibung, zu überflüssigen Sitzungen und zur Aufblähung des Verwaltungsapparates.

Es ist nur zu begrüßen, wenn in den Mitgliederversammlungen vieler Grundorganisationen schon begonnen wurde, diesen Erscheinungen mangelnder Verantwortungsbereitschaft gegenüber dem Betriebskollektiv und der Volkswirtschaft den Kampf anzusagen. Dabei wird richtig davon ausgegangen, daß das Parteimitglied nicht nur die Pflicht hat, seine unmittelbaren Aufgaben im Produktionsprozeß vorbildlich zu lösen. Es muß auch dazu erzogen werden, ungeduldig gegenüber Mängeln in anderen Bereichen zu sein. Ein Genosse darf nicht zulassen, daß ein Leiter seine Verantwortung für den Betrieb und gegenüber der Volkswirtschaft an die übergeordneten Leiter abzuschieben versucht.

Eine wichtige Lehre aus den Mitgliederversammlungen über Rationalisierung und Standardisierung sollte deswegen sein, das Kämpferum aller Genossen zu stärken, weil davon letztes Endes die Lösung vieler komplizierter Aufgaben bei der Rationalisierung abhängt. Nur wer Partei ergreift und lernt, wird den neuen Anforderungen gerecht werden, sagte Genosse Walter Ulbricht auf dem 11. Plenum. Bei der Rationalisierung ist das der Schlüssel zum Erfolg.



Rationalisierung in der Volkswerft Stralsund

Peter Benz (links) und Klaus-Dieter Utesch bei der Montage einer Trinkwasseranlage, die komplett in Schiffe vom Typ „Atlantik“ eingebaut wird. Die Blockmontage gehört zu den umfangreichen Maßnahmen der komplexen Rationalisierung in der Volkswerft. Durch diese Baumethode werden nur noch geringe Zeiten für den Einbau auf den Schiffen benötigt.

Foto: Zentralbild